

Zukunft gefährdet: EU-Umweltinvestitionen für 2070 auf der Kippe!

EU-Budgetverhandlungen 2025: Notwendige Umweltinvestitionen, Warnungen vor zukünftigen Krisen und Maßnahmen für Biodiversität.



Österreich, Land - Die aktuellen Verhandlungen über das EU-Budget werfen ein kritisches Licht auf die Investitionen in Umwelt- und Naturschutz. Laut **öko-news** sind die ausstehenden Mittel für den Naturschutz entscheidend, um künftige Umweltkrisen zu verhindern. Die vor kurzem beschlossene EU-Wiederherstellungsverordnung, auch bekannt als Nature Restoration Law, erfordert erhebliche zusätzliche Investitionen, um ihre Ziele umzusetzen.

Die Europäische Union schätzt, dass bis zum Jahr 2070 ein Finanzierungsbedarf von satten 154 Milliarden Euro notwendig

ist. Im Gegenzug wird ein geschätzter öffentlicher Nutzen von 1.860 Milliarden Euro erwartet. Gábor Wichmann, Geschäftsführer von BirdLife Österreich, hebt hervor, dass naturbasierte Maßnahmen einen langfristigen Return-on-Investment bieten. Er warnt jedoch davor, dass heutige Einsparungen im Umwelt- und Naturschutz kostspielige Reparaturkosten in der Zukunft verursachen könnten.

Dringlichkeit der Finanzierung

Aufgrund dieser Prognosen fordert BirdLife Österreich, die Mittel für das LIFE-Programm und die ländliche Entwicklung innerhalb der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nicht zu kürzen. Diese Mittel seien unerlässlich für den Schutz der Biodiversität und der Klimaressourcen. Experten sprechen sich für eine Umschichtung der Budgets von Direktzahlungen hin zu effektiven, wissenschaftlich fundierten Maßnahmen aus.

Die GAP, die alle sieben Jahre reformiert wird, hat seit ihrer Gründung nach dem Zweiten Weltkrieg viele Änderungen durchlaufen. Während die durchschnittliche jährliche Förderung für die EU-Landwirtschaft von 58 Milliarden Euro (2014-2020) auf 54 Milliarden Euro (2023-2027) gesenkt wurde, fließt nach wie vor ein Drittel des EU-Budgets in die Landwirtschaft. Dieser Trend steht im Kontext der Bemühungen, ökologische Standards zu verbessern und eine nachhaltige Entwicklung zu fördern, wie **das Bundesumweltministerium** betont.

Reformen in der Gemeinsamen Agrarpolitik

Eine kritische Betrachtung der GAP zeigt zahlreiche Herausforderungen, einschließlich der Überproduktion, die zu "Milchseen" und "Butterbergen" führte, sowie zu hohen Kosten durch staatliche Eingriffe. Die Reformen der GAP zielen darauf ab, eine Abkehr von Preisstützungen zu fördern und den Landwirten direktere Unterstützung zu bieten. Derzeit fließen rund 70% der Mittel als Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe, wobei Mindestvorgaben für Umwelt- und

Klimaleistungen eine steigende Rolle spielen.

Deutschland zum Beispiel erhält für die Förderperiode bis 2027 jährlich etwa 6 Milliarden Euro, davon 1 Milliarde Euro für spezifische Öko-Regelungen. Die Finanzierung dieser Programme wird als entscheidend für die Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft und den Schutz der Umwelt angesehen. Dieser Ansatz könnte auch helfen, die notwendige Finanzierung für die Umsetzung der EU-Wiederherstellungsverordnung zu sichern und somit die ökologische Erneuerung Europas zu unterstützen.

Österreichs Vertreter auf EU-Ebene werden aufgerufen, sich für eine zukunftsfähige Mittelverteilung einzusetzen. Investitionen in die Natur sind nicht nur notwendig, um Biodiversität zu schützen, sondern auch für öffentliche Interessen wie Gesundheit, Sicherheit und Lebensqualität von zentraler Bedeutung.

Details	
Vorfall	Umwelt
Ort	Österreich, Land
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www2.oekonews.at• www.bundesumweltministerium.de• www.landwirtschaft.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at